

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Die römischen Verträge (25.03.1957) haben uns **Deutschen** Frieden und Wohlstand gebracht. Politisch glaubt man bis heute, dass dieser Zustand für die Ewigkeit sei. Der Maastrichter Vertrag (1992) sowie der Lissabon-Vertrag (2007) machten uns übermütig und heute sind auch wir in dem System der europäischen Umverteilung eingebettet und somit in der Haftung. Der deutsche Sozialstaat hatte und hat bis zum heutigen Tage Magnetwirkung auf Zuwanderer. Wenn Migranten, die zu uns kommen, Zugriff auf über viele Jahre erworbene Leistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Rentenversicherung, steuerfinanzierte Leistungen wie Kindergeld, Sozialhilfe und Wohngeld u.v.a.m.) haben, wird das beim Bundesbürger Unmut auslösen und führt zu Spannungen. Wir Deutsche haben einen starken Arbeitsmarkt und können mit dem Euro anders umgehen, als Länder mit hoher Arbeitslosigkeit und Siechtum ihrer heimischen Unternehmen. Auch die haben den Euro und keine Möglichkeit wie früher, ihre Währung abzuwerten. In der sich anbahnenden konjunkturellen Flaute halten deutsche Unternehmen an ihren Mitarbeitern fest (Arbeitslosenquote z.Zt. unter 5%). Wenn entlassen würde, müsste man beim nächsten Aufschwung personellen Ersatz finden und das wäre sehr schwer. Ohne Zweifel braucht Deutschland zusätzliche Fachkräfte. Wenn aber jeder zweite **Zuwanderer** am Ende des Integrationskurses durchfällt, hat die Politik etwas falsch gemacht und somit mit entsprechenden Kosten den „Steuersack“ zusätzlich belastet. Die auch für uns vorhergesagte **Rezession** kann vorerst verschoben werden. Gründe sind zum einen das wirtschaftliche Umfeld, das heißt, die Exporte nach China und USA sind im Augenblick wieder gestiegen. Zum anderen der an Wert verlorene Euro, der gegenüber dem Dollar aktuell bei ca. 1,12 steht.

Man kann wirklich nicht vom armen Deutschland reden, obwohl statistisch das Geldvermögen zum Ende 2018 geschrumpft ist. Grund waren Kursrückgänge bei Aktien und Investmentfondanteilen im Zuge schwächelnder Börsen. Die offizielle Armutsgrenze in Deutschland liegt bei ca. 13.000 Euro. In Deutschland ist man arm, wenn das Einkommen 60% unterhalb des Medians liegt. Das Medianeinkommen (auch mittleres Einkommen) ist das, was 50% der Menschen mit höherem und die andere Hälfte mit niedrigerem Einkommen beziehen. Würde man die Bevölkerung nach der Höhe ihres Einkommens sortieren und dann zwei gleich große Gruppen bilden, würde die Person, die genau in der Mitte dieser Verteilung steht, das Medianeinkommen beziehen. Diese Zahl ist unvollkommen, weil zum wahren Einkommen die Schwarzarbeit zählt, Tätigkeiten im Haushalt, selbsterbrachte Heimwerkerleistungen und anderes mehr. Man kann es auch ganz einfach sagen: Wenn man den 5% der reichsten Bürger in Deutschland etwas wegnimmt und auf die Personen verteilt, die ein geringes Durchschnittseinkommen haben, gibt es niemanden, der arm ist. Also braucht auch keine Armutsgrenze festgelegt werden.

Wenn man sich im Augenblick **Europa** anschaut, dann muss man erkennen, es steht am Scheideweg. Wenn man sich auf Thomas Mann beruft, dann ist kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland anzustreben. Der derzeitige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bezeichnet sich zwar als bekennender EU-ler, aber seine Ideen (zum Fortkommen Europas) sind bisher wie eine Silvester-Rakete im Sommerhimmel des Hochsauerlandkreises zerplatzt. Die 751 (nach der Wahl 2019 705) Abgeordneten in Brüssel und Straßburg sind stolz auf

das „solidarische Miteinander“ und den „fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten“. Das scheint uns allerdings zu schwammig. In der Tat muss freies Reisen durch Europa, leben ohne Krieg als gemeinsam Erreichtes positiv herausgestellt werden. Die Themen wie Migrationsdruck, Terrorismus, Protektion, soziale und ökonomische Ungleichheiten in Europa sind allerdings ungelöst. Stillstand wird Europa lähmen, sodass sie einen langsamen Tod sterben könnte. Längst fühlen sich Mitglieder (z.B. Polen, Rumänien, Ungarn) nicht mehr an die rechtsstaatlichen Beitrittserklärungen von 1993 bzw. die Normen des Lissabon-Vertrags von 2009 gebunden. Es muss deshalb Veränderungen geben und eine politische Verjüngungskur muss her. Wenn die Regierungen der Staatengemeinschaft nicht wie im Augenblick nur ihren Vorteil suchen und den gegenseitigen Streit untereinander beilegen, sind die Zukunftsperspektiven düster. Die Europawahl im nächsten Monat (23.-26.05.2019 in den 28 Mitgliedsstaaten) wird zeigen, ob antieuropäische Kräfte weiter auf dem Vormarsch sind. Die Gewählten (für 5 Jahre) müssen eine EU-Vision anbieten, die Wohlstand, Fairness, Sicherheit (Verteidigung) gewährleistet, damit man mit Optimismus in die Zukunft sehen kann. Der schwerfällige Apparat der Politik hinkt dem Tempo der Wirtschaft hinterher. Eindeutig wurde zwar erkannt, dass sich die USA abschotten, aber dass China mit den Ländern schmüst, die am stärksten unter der Eurokrise gelitten haben (z.B. Griechenland, Portugal, Italien), ist so richtig wohl noch nicht erkannt worden. China nutzt geschickt die Unsicherheit der europäischen Staaten untereinander aus, investiert enormes Kapital, um damit seinen Einfluss in Europa zu erhöhen. China ist für Europa ein wichtiger Partner, aber ein gemeinsames Europa für China genauso. Wenn man erkennt, dass Gemeinsamkeit stark macht, wäre das ein Schlüssel, mit China den Wohlstand Europas sicherzustellen. Wenn deutsche und europäische Politiker öffentlich von „gelber Gefahr“ sprechen, wäre es dringend nötig, einen Prozess des Umdenkens einzuläuten.

Das Chaos zum Thema **Brexit** ist schon längst perfekt und deswegen wollen wir uns nicht mit irgendwelchen Prognosen anhängen. Wir verweisen aber auf die kürzlich erschienene Bertelsmann-Studie zu Einkommensverlusten durch einen harten Brexit in den einzelnen deutschen Bundesländern. Der harte Brexit würde dem Großraum Düsseldorf einen Einkommensverlust von 650 Mio. Euro jährlich bescheren, was umgerechnet auf die Bürger durchschnittlich 126 Euro bedeuten würde. An zweiter Stelle läge Köln mit ähnlichen Zahlen und der Drittplatzierte wäre der Großraum München mit 526 Mio. Euro (115 Euro pro Kopf). Gäbe es einen no-deal-brexit, träfe es die Briten selbst am härtesten (ca. 57 Mrd. Euro / Jahr), aber an Stelle 2 stände Deutschland mit 10 Mrd. Euro / Jahr. Gäbe es einen gemeinsamen Austrittsvertrag, fielen die Verluste ungefähr auf die Hälfte.

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Das Thema **Fusion ThyssenKrupp und Tata Steel** ist noch immer in der Verhandlung. Man will nach Arcelor-Mittal zweitgrößter Stahlanbieter (kein Edelstahl, sondern Stahl für die Automobilindustrie, Verpackungsbandstahl und anderes) werden. Die endgültige Entscheidung, um die jetzt seit Jahren gerungen wird, soll im Juni dieses Jahres fallen.

Die Entscheider in den Firmen sind sich beim Einkauf von Rohstoffen einig: Die Rohstoffpreise werden steigen. Der **Nickel**-Kurs stieg von Anfang dieses Jahres bis Ende März um über 30%. Auch wenn es aktuell einen Abschwung gibt, wird bis Ende dieses Jahres mit weiteren Steigerungen gerechnet. Obwohl die Förderkapazitäten für Nickel ausgebaut werden, wird das voraussichtlich keine negativen Auswirkungen auf den Nickel-Preis haben, sondern höchstens auf den Bestandsabbau an der LME (Bestände in London) sowie der SHME (Bestände in Shanghai). Die **Chromstahl**-Preise werden quartalsweise festgelegt. Die Notierung vom 1. auf das 2. Quartal 2019 betrug +7%. Beim **Molybdän** sind keine Veränderungen in nächster Zeit zu erkennen und im 2. Quartal 2019 ist der Preis stabil.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME to	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052	1.326
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915	2.280
01.02.2019	1,1454	12.460	12.550	201.702	1.087	2.268
01.03.2019	1,1388	13.160	13.245	196.782	1.157	2.285
01.04.2019	1,1218	13.155	13.250	182.466	1.172	2.761
29.04.2019	1,1151	12.335	12.400	173.634	1.106	Kobalt 3.116

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	620	07/18	735	664	606	627	641	662	↑						
4301	01/18	1.290	07/18	1.647	1.274	1.228	1.351	1.430	1.450	↓						
4404	01/18	1.844	07/18	2.416	1.976	1.903	2.051	2.197	2.218	↓						
4509	03/18	733	07/18	851	797	739	759	774	794	↑						
4521	01/18	1.081	09/18	1.265	1.217	1.131	1.143	1.198	1.221	↑						
4539	01/18	3.184	07/18	4.309	3.450	3.358	3.654	3.936	3.960	↓						
4571	01/18	1.865	07/18	2.448	1.997	1.925	2.076	2.224	2.246	↓						

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	744	07/18	882	797	727	752	769	794	↑						
4301	01/18	1.548	07/18	1.977	1.529	1474	1.621	1.716	1.741	↓						
4310	01/18	1.466	07/18	1.855	1.447	1390	1.523	1.610	1.634	↓						
4310 Mo	01/18	1.554	07/18	1.977	1.593	1526	1.654	1.754	1.777	↓						
4404	01/18	2.212	07/18	2.900	2.371	2283	2.461	2.636	2.661	↓						

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	11/18	380	05/18	430	320	350	350	355								
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/17	870	04/17	1.230	940	1.050	1.100	1.070								
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	01/18	1420	04/18	1.690	1.420	1.500	1.600	1.570								

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta